

Bundesweite DEMO:

"ASD in Not - Die Jugendhilfe muss auch helfen können!"

03.10.2018 um 11:00 Uhr

WO? Berlin, Alexanderplatz, zwischen Fernsehturm und Neptunbrunnen

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Allgemeinen Sozialen Dienste (ASD) /Regionalen Sozialen Dienste (RSD) und der freien / privaten Träger der Jugendhilfe

Am 14.05.2018 veranstaltete die Deutsche Kinderhilfe e. V. den Kongress „ASD in Not – Soziale Arbeit in strukturellen Zwängen“ im Haus der Bundespressekonferenz. Dort wurde die Studie „Berufliche Realität im ASD: die Herausforderung sozialpädagogischer Arbeit heute“ vorgestellt.

Die Ergebnisse der Studie sind auf ein großes bundesweites Interesse sowohl bei der Fachwelt als auch bei der Presse gestoßen. Es ist feststellbar, dass es seit dem Inkrafttreten des SGB VIII / KJHG einen stetigen Aufgabenzuwachs für den RSD / ASD gegeben hat und der gleichzeitig **notwendige Personalbedarf zur Aufgabenerledigung nicht gewährleistet** ist.

Im Rahmen dieses Kongresses wurden Forderungen formuliert, die an die jeweiligen Verantwortungsträger der politischen Ebene oder/und Fachebene zur Umsetzung weiter geleitet wurden. Aus den bisherigen Erfahrungen ist davon auszugehen, dass die Umsetzung der Forderungen eine lange Zeit benötigen werden.

Im ASD/RSD ist die Überlastung nicht nur hoch, sondern es ist ein dramatischer Notstand vorhanden. **Es reicht!**

Wir sind als Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter dem KINDERSCHUTZ verpflichtet !

Der hohe Krankenstand lässt es kaum mehr zu, das Alltagsgeschäft zu bewältigen. Häufig bearbeiten wir nur noch die absoluten Krisenfälle. Unseren gesetzlichen Auftrag nach dem SGB VIII - KJHG können wir nicht wahrnehmen, wir haben nicht genug Zeit für die Familien, um deren Problematiken zu verstehen und die „richtigen“ Hilfen zu vermitteln.

Es bedarf einer Jugendhilfe, die auch helfen kann!

Deshalb werden wir am Mittwoch, den **03.10.2018 um 11.00 Uhr** gemeinsam demonstrieren, um auf unseren Notstand aufmerksam zu machen und unsere Forderungen nach guten Arbeitsbedingungen zu unterstreichen.

Die Presse und das Fernsehen laden wir ein. Solidarisiert Euch und seid mit dabei.!

Wichtige Entscheidungsträger, wie unsere Familienministerin und der Finanzminister, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister von Berlin, die Landrätinnen und Landräte, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie die kommunalen Spitzenverbände und die Vertreterinnen und Vertreter des Städte- und Gemeindetages müssen unsere dramatische Arbeitssituation verstehen und mit uns verändern, so dass wir das KJHG / SGB VIII tatsächlich umsetzen können!

Unsere Forderungen sind:

- Personalsituation und Ausstattung verbessern!
- Zeit und Raum, um Kinder umfassend am Hilfeprozess zu beteiligen
- Supervision (Fall-, Team- und Einzelsupervision) muss gewährleistet sein!
- Eine rechtliche Absicherung durch den Arbeitgeber für die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter bei Strafanzeigen muss gewährleistet sein!
- Die Bezahlung muss sich verbessern!
- Eine Fallobergrenze muss kommen!
- Eine Ombudsstelle für die Fachkräfte muss eingerichtet werden!

DBSH

*Deutscher Berufsverband
für Soziale Arbeit e. V.*

Tariffähige Gewerkschaft

Mitglied der IFSW (International Federation of Social Workers)



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**